



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Politik » **MAZ exklusiv**

08.05.2008

## **BUNDESTAG: Widerstand gegen Diätenerhöhung Auch in der SPD regt sich Protest**

*POTSDAM* - Die von der Großen Koalition geplante neuerliche Diätenerhöhung steht weiter in der Kritik. Neben Oppositionspolitikern und Verbänden kündigten gestern auch mehrere SPD-Bundestagsabgeordnete Widerstand gegen das Vorhaben an. Zu ihnen gehört der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dieter Wiefelspütz. „Ich werde der Anhebung der Abgeordnetenentschädigung nicht zustimmen“, erklärte der altgediente Parlamentarier (seit 1987 im Bundestag) auf der Internetseite [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de).

Auch aus der Gruppe der Brandenburger Abgeordneten regt sich Protest. Angelika Krüger-Leißner (Wahlkreis Oberhavel-Havelland II) erklärte gestern gegenüber der MAZ, sie finde das Vorhaben ziemlich maßlos und werde daher dagegen stimmen. Auch der ehemalige Brandenburger SPD-Chef Steffen Reiche (Wahlkreis Cottbus-Spree-Neiße) kündigte auf Anfrage an, nicht zuzustimmen. „Zum jetzigen Zeitpunkt ist das nicht erklärbar. Es steigert die Politikverdrossenheit bei Menschen, die mit viel weniger Geld auskommen müssen.“ Reiche will die Diätenerhöhung für Besuchsreisen von Bürgern aus seinem Wahlkreis nach Berlin spenden. Bereits am Dienstag hatte die Potsdamer Abgeordnete Andrea Wicklein ihr Nein gegenüber der MAZ angekündigt.

Nach dem Gesetzentwurf von Union und SPD soll der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes auf die Bezüge der Parlamentarier übertragen werden, allerdings zeitversetzt um ein Jahr. Dies bringt den Abgeordneten eine außerplanmäßige Erhöhung von zusätzlich 278 Euro 2009 und von 213 Euro im Jahr 2010. Im vergangenen November hatte der Bundestag bereits eine Anhebung um rund neun Prozent beschlossen. Mit der zusätzlichen Erhöhung lägen die Diäten nun 2009 bei 7946 Euro und 2010 bei 8159 Euro.

Gestern beschloss das Kabinett die Übernahme des Tarifabschlusses auch auf die Bediensteten des Bundes. Damit erhalten Soldaten, Richter und andere Bundesbeamte mehr Geld. Die Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbediensteten steigen ab 2008 um einen Sockelbetrag von 50 Euro. Dazu kommt eine Erhöhung um 3,1 Prozent und ab 2009 um 2,8 Prozent. Zudem gibt es 2009 eine Einmalzahlung von 225 Euro. Auf den Bundeshaushalt kommen dadurch für 2008 und 2009 Kosten von gut 2,1 Milliarden Euro zu. (Von Henry Lohmar)

**Ihre Meinung ist gefragt!**